

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Preis: 20 Pf. pro Woche. Im Monat, bei Bestellung durch die Post 2,50 RM., bei Vorbestellung 2 RM. 50 Pf. pro Quartal 7 RM. 50 Pf. pro Halbjahr 14 RM. 50 Pf. pro Jahr 28 RM. 50 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist für die Richtigkeit der durch Generaldirektor Wilsdruff übergebenen Mitteilungen nicht verantwortlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostock behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 20. — 87. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Dienstag, den 24. Januar 1928.

## Nur ein Achselzucken.

Berlin hat für ganz Deutschland wieder einmal den Stoff zu einer recht traurigen Berühmtheit abgegeben. Der — zum Lachen. Denn ganz Deutschland kennt ja wohl die Geschichte der vom Einsturz bedrohten Häuser in der Charlottenburger Gegend. Das neueste Kapitel dieser Geschichte ist der Hauswurz — anders war's nicht — zweier Parteien, die binnen drei Stunden ihre Wohnungen wegen Baufälligkeit räumen mußten, aber dem Wohnungsamt andere Wohnungen nicht nachgewiesen erhielten, sondern sozusagen auf der Straße saßen.

Keine von den Behörden will an all diesen geradezu unmöglichen Dingen schuld sein: das Wohnungsamt sagt, es habe die Baupolizei schon längst auf die Einsturzfürge aufmerksam gemacht und diese sei ihm sehr überdies mit dem sofortigen Räumungsbefehl über den Hals gekommen. Alles ganz schön und gut, aber dadurch erhalten die Ausgewiesenen immer noch keine Wohnung. Sie sollen auch die Umzugskosten selbst bezahlen. Oder der Hauselgenümer. Oder die Hypothekendarleher der Grundstücke. Jedenfalls nicht — die Behörden. Denn — so sagen sie — wir sind an allem schuldlos. Die wohnungsuchenden Mieter erfahren nur ein Achselzucken.

Das ist schon keine Komödie, keine Groteske mehr, das ist eine Tragödie, die Tragödie des „Regierten“. Es genügt nicht, daß die Behörden Sitzungen veranstalten und dementsprechend sich geben, die um so weniger gesalbt werden, als sie einander widersprechen. Gerade Wohnungsämter und Baupolizei gehören zu den unbeliebtesten Behörden und es mündert diese Unbeliebtheit nicht, wenn derartige Dinge geschehen. Sie selbst berufen sich, wenn sie etwas leisten sollen für die von ihnen „Betreuten“, gewöhnlich darauf, daß es unmöglich sei, verlangen aber Unmögliches. Es wird jetzt so viel von Verwaltungsreform geredet und geschrieben, „Forderungen“ werden aufgestellt und Denkschriften abgefaßt, wie die obere Behördenorganisation personell und in ihrer Betätigung eingeschränkt und reformiert werden soll; aber gerade die unteren Behörden sind es, mit denen das große Publikum in viel härterer Berührung kommt. Und dort bräut der Schuß. Es hat sich ein gewaltiges Maß von Unwillen und Verbitterung angeammelt, und es wächst immer noch weiter, schnell und immer schneller. Man glaubt nicht mehr an Verbesserungen und diese werden ja auch oft genug nicht geschahen. So hatte der Oberbürgermeister von Berlin in der Stadtverordnetenversammlung ausdrücklich versprochen, daß für sämtliche in den einsturzbedrohten Häusern wohnenden Familien Wohnungen im ganzen Stadtgebiet zur Verfügung gestellt würden, so daß eine unverzügliche Unterbringung möglich sei — und es konnte nicht eine einzige Familie untergebracht werden! Schließlich kann doch der Bürger von der Arbeit seiner Behörden auch etwas Praktisches verlangen, nicht bloß papierne Entschuldigungen und Alibiwechsel.

Aber so ganz und gar schuldig an all diesen Fehlgriffen sind die unteren ausführenden Behörden allein auch nicht. Unsere Gesetzesmaschine arbeitet ja sehr schnell, aber leider häufig genug auf Kosten der Sorgfalt. Nicht gerade selten zeigen sich in den Gesetzen, die von einer hohen Volksvertretung beschlossen sind, arg Unklarheiten, geradezu Widersprüche. Ein drastisches Beispiel hierfür bot die Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft bei den großen Wohnungen; ganz verschieden war die Auslegung, die diese doch sehr weite Kreise der Öffentlichkeit berührenden Bestimmungen erfuhr. Der Satz „Unterminis schließt vor Strafe nicht“ ist ja ganz schön; aber selbst das, was alles „rechtens“ ist, eine geradezu lawinenartige Ausdehnung erfuhr und erfährt, wird dieser Satz zu einer inneren Unmöglichkeit und ganz besonders dann, wenn auch noch Unklarheit darüber besteht, wie dieses Recht aufzufassen ist. „Multum, non multa“ sagt der Lateiner, „viel, aber nicht vielsetel“ — das gilt auch bei der Schaffung von Gesetzen, die das Leben des Bürgers regieren.

## Gegen eine „Evangelische Partei“.

Rundgebung des Evangelischen Bundes.  
Das Präsidium des Evangelischen Bundes erläßt eine Veröffentlichung folgenden Inhalts:  
„Anfragen aus den Kreisen unserer Mitglieder veranlassen uns, zu erklären, daß der Evangelische Bund auf Grund wiederholter Beschlüsse seitens seines Zentralvorstandes sich von allen Versuchen, eine neue evangelische Partei zu gründen, von welcher Seite das auch geschehe, grundsätzlich fernhält. Der Evangelische Bund erblickt in derartigen Neugründungen die erste Gefahr einer weiteren Abspaltung und einer parteipolitischen Zersplitterung, eine Schwächung der evangelischen und eine wesentliche Stärkung der katholischen Front. Er ist der Auffassung, daß durch eine zu verdrängende evangelische Bewegung mit dem Ziele einer stärkeren Berücksichtigung der evangelischen Interessen in unserem Staatsleben, durch die Bildung interfraktioneller evangelischer Ausschüsse und legitimen Endes durch eine vernünftige Wahlreform die evangelischen Interessen im öffentlichen Leben wirksamer gewahrt werden können. Er erwartet in dem um so mehr von den bestehenden Parteien, daß sie dem allgemeinen Empfinden der evangelischen Bevölkerung Rechnung tragen und sich die Wahrung der deutsch-evangelischen Interessen mehr als bisher angelegen sein lassen.“

## Regierungskrise in Sicht?

### Befahr für die Regierungskoalition.

Unterbrechung der interfraktionellen Schulgesetzverhandlungen.

Die interfraktionellen Besprechungen der Regierungsparteien über den § 20 des Schulgesetzentwurfs sind unterbrochen worden, ohne daß bisher eine Annäherung der gegenseitlichen Anschauungen zwischen Volkspartei und Zentrum festgestellt werden kann. Dem Zentrum wird die Forderung der Deutschen Volkspartei, wonach in den Ländern, wo „nach Gesetz und Herkommen“ die Simultanschule bisher besteht, es beim alten bleiben soll, als ganz unannehmbar und verfassungswidrig bezeichnet, weil die Verfassung den Begriff des „Herkommens“ nicht kennt. Bei Annahme einer solchen Bestimmung könnten verschiedene andere Länder, beispielsweise Sachsen, durch den

Staatsgerichtshof eine Entscheidung erzwingen, wonach auch sie von der Geltung des Schulgesetzes ausgenommen werden.

Im Zentrumskreis wird die Ansicht auf eine Verständigung sehr pessimistisch beurteilt und es wird, wie ein sonst gut informiertes Nachrichtenbureau hört, betont, daß das Zentrum entschlossen sei, seine Minister an dem Kabinettsrücktritt zu ziehen, wenn der Standpunkt des Zentrums nicht durchgesetzt werde. Die Besprechungen sollen fortgesetzt werden, sie dürften noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Auch von der Volkspartei wird die Lage für außerordentlich pessimistisch gehalten. Die Volkspartei hält nach wie vor ihre Forderungen aufrecht.

Der interfraktionelle Ausschuss beschäftigte sich auch mit der Kredithilfe für die Landwirtschaft. Es bestand Einigkeit über die Notwendigkeit dieser Hilfe, doch konnte bisher noch kein gangbarer Weg für die Ausbringung der erforderlichen Mittel gefunden werden.

## Landwirtschaftliche Auslandskredite

### Forderungen der Landwirtschaft.

100-Millionen-Beihilfe vorgeschlagen.

In der vergangenen Woche hat sich das Reichskabinett mit der Forderung der Landwirtschaft beschäftigt und ist in Erwägungen über Bewilligung neuer Kredite eingetreten. Von den Vertretern der Landwirtschaft war betont worden, das Reich müsse mehrere hundert Millionen bereitstellen. Wie es heißt, soll der Reichsfinanzminister Dr. Köhler sich bereit erklärt haben, den Betrag von 100 Millionen in den Etat einzustellen. Darüber hinausgehende Ansprüche seien abzuweisen, da keine Deckung vorhanden sei. Reichsernährungsminister Schiele habe eine vorläufige Begrenzung auf 100 Millionen zugestimmt.

Die landwirtschaftlichen Verbände sind keineswegs mit einer solchen Begrenzung einverstanden und betrachten sie als nicht ausreichend. Besonders wird auf die Möglichkeit hingewiesen, Auslandskredite für die Landwirtschaft in Anspruch zu nehmen. Endgültige Beschlüsse im Kabinett wurden noch nicht gefaßt, zumal auch über die Form, in welcher diese Auslandskredite beschafft werden sollen, keine Klarheit herrscht.

wirksam sein würde, wenn genauere Mitteilungen über die Einzelheiten der Anschuldigungen vorgelegt worden seien. Seine Partei wünsche Ausbau des Schulschulsystems und besondere Berücksichtigung des bäuerlichen Bestandes. Hopp schlägt die Gründung eines Motorberlei-Instituts durch das Reichsernährungsministerium vor. Abg. Geraner (Bader, Sp.) bringt Wünsche der bayerischen Landwirtschaft vor und verlangt Herabsetzung des Gefrierfleischpreises. Abg. Reumann (Fr.) kritisiert besonders das System der Besteuerung der Landwirtschaft. Für Steuererlässe, die in der Landwirtschaft nicht zu vermeiden seien, werde von den Steuerbehörden ein Zins berechnet, der untragbar sei. Abg. Schmidt-Röpench (Soz.) vermißt die Anwesenheit des Finanzministers. Seine Fraktion wolle klar sehen, wieviel Mittel hier wieder im Übermaß angefordert werden müßten. Im Interesse der Landarbeiter werde er sich gegen die Verabschiedung der Beschleunigung von der Rot der Landwirtschaft. Es werde stark mit Überreibungen gearbeitet. Abg. Dietrich (Dem.) weist darauf hin, daß nur von der Rot einzelner Großbetriebe geredet werde, den Bauern und Kleinbetrieben gebe es ebenfalls nicht gut, aber sie seien weniger verschuldet als die Großgrundbesitzer, weil sie sich anstrengen, durchzukommen und nicht nur nach Staatshilfe fürren.

### Reichsernährungsminister Schiele

äußerte aus, bestimmte Summen für die benötigten Kredite habe er mit Rücksicht nicht angegeben, da das Kabinett hierüber noch nicht abschließend getagt habe. Der Minister verbreitet sich über die mannigfachen Schwierigkeiten und die unrentablen Viehpreise infolge der Auslandseinstufung. Im Kleintiersektor wirken sich bedauerlicherweise die niedrigen Viehpreise nicht aus. Die Spanne zwischen dem Stallpreis für Schweine und dem Ladepreis für Schweinefleisch habe sich gegenüber dem Jahre 1913 um 50 Prozent erhöht. Der Stallpreis für Schweine liege heute unter dem Vorkriegspreis. Nach einigen weiteren Bemerkungen über die Lage des Viehwirtschafts verließ sich der Ausschuss.

### Landwirtschaftsfragen im Reichshaushaltsauschuss.

Bei der Weiterführung der Etatberatung befaßte sich der Haushaltsauschuss des Reichstages am Montag in der Hauptsache mit den dringlichsten Fragen der Landwirtschaft. Der Präsident des Reichstages, Dr. P. P., stimmte den mehrfachen Ausführungen des Reichsernährungsministers Dr. Schiele über die Not der Landwirtschaft zu, erklärte aber, endgültig könne man erst darüber urteilen, ob die Regierung

## Deutscher Reichstag.

(365. Sitzung.) B. Berlin, 23. Januar.  
In der Sitzung der Beratung beantragte der Abg. Stöcker (Komm.) die Abänderung eines Antrages, nach dem der Reichstag dem Reichskabinett die Aufgabe über die Völkerei-Angelegenheit dem Reichstag zugewiesen gemacht werden solle. Aus dem Hause wurde der Abänderungsantrag zurückgewiesen und so mußte der Antrag abgelehnt werden.

Präsident Ebe erklärte jedoch, daß diese Angelegenheit ohnehin noch vor Beratung des Reichstags zur Sprache kommen werde, weil durch einen Richtersatz die dem Reich aus der Völkerei-Angelegenheit entstehenden Kosten vom Reichstag angefordert werden müßten.

Die Frage des Einheitsstaates.  
Abg. Seiffert (Wöl.) erklärte zur Frage des Einheitsstaates, wenn man etwas Neues schaffen, so müsse auch anderen billig sein, was Preußen recht ist. Der Redner wandte sich vor allem gegen die Überfälle der Parlamente und forderte schließlich ein Härtegesetz für die Inflationssperre.

Abg. Frau Goshke (Sozialdem.) bezeichnete den Bürgerblock als die Frucht der sozialdemokratischen Politik von 1918. Seiner hätte sich schon dem Bürgerblock angeschlossen. Im Gegensatz zu den offiziellen Sozialdemokraten würden die Sozialdemokraten an dem Sturz dieser bürgerlichen Gesellschaft arbeiten. Schließlich forderte die Rednerin radikale Auflösung der Reichswehr, die doch nicht reformiert werden könne.

### Reichsfinanzminister Dr. Köhler

erklärte, der Etat hätte von allen Seiten eine lächerliche Beurteilung erfahren. Alle Finanzminister der Nachkriegszeit seien nicht gerade mit Anerkennung verächtelt worden. Jetzt sei die Deutschland gewährte Erholungsphase vorüber und es beginne das Normaljahr der Darlehen-Belastungen. Ein großer Teil der wirtschaftlichen Aufbauarbeit werde aber noch in den nächsten Jahren und diese Programme seien ungelöst. Man habe ihn wegen seiner pessimistischen Beurteilung der

Finanzlage im Vorjahre getadelt. Damals hätten aber die sozialdemokratischen Finanzfachverständigen die Lage noch dunkler gesehen. Die scharfe Kritik, die an seinen Schätzungen geübt worden sei, könne er nicht als berechtigt anerkennen. Unter den heutigen Umständen dürfe nicht ein Etat aufgestellt werden, der am Schlusse mit großen Überschüssen ende. Trotz der Kritik an der angeblich zu optimistischen Schätzung der Einnahmen habe leider kaum einer der Kritiker

Abträge bei den Ausgaben verlangt. Im Gegenteil seien von ihnen Forderungen gestellt worden, die neue Ausgaben hervorzurufen müßten. Das Steuervereinbarungsgesetz werde jetzt vom Reichstag durchgearbeitet. Die Reichsregierung habe seine Verabschiedung in keiner Weise erschwert. Wenn die Regierung in dem Ergebnis der Landeskonferenz einen Fortschritt sähe, so bestände sie sich dabei in Übereinstimmung mit der Erklärung des preussischen Ministerpräsidenten Brauns (Weiterleit rechts). Das stürmische Drängen des Abg. Dr. Gremer nach dem Einheitsstaat scheine in seiner eigenen Partei nicht überall geteilt zu werden. Mit der Verwaltungsreform, die von allen Seiten gefordert werde, darf man nicht warten, bis das Verhältnis von Reich und Ländern neu geregelt ist.

Abg. Kell (Soz.) erklärte, der bisherige Verlauf der Debatte hätte einen ebenso tiefen wie lehrreichen Einblick in das „trübe und harmonische Familienleben des Reichsblock“ gewährt. Der Redner schloß sich der Entschlossenheit des Abg. Dr. Gremer an. Als Württemberger halte er es für seine Pflicht, zur Wahrung des Ansehens Württembergs festzustellen, daß Herr Bazille mit seinen protesten Trohungen das württembergische Volk selbstverständlich nicht hinter sich hat. Außenpolitisch verlangen seine Freunde eine geradlinige Fortsetzung der Verständigungspolitik, ohne die der Wiederaufbau Deutschlands unmöglich wäre.

### Ende des Antikriegspakt-Planes?

Die Auffassung in Amerika.  
Aus Washington wird über den ersten Eindruck der nunmehr veröffentlichten französischen Antwortnote